

DU HAST DIE WAHL

**BUNDESTAGSWAHL
2025**

**PARTEIEN
PROGRAMME
INFOS**

DU HAST DIE WAHL

Anmerkung der Redaktion:

Dieses Booklet fasst einige Punkte der Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien zusammen, die besonders für junge Menschen von Interesse sind. Die Inhalte basieren auf den Wahlprogrammen sowie teilweise auf deren Entwürfen, da diese zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (10. Januar 2025) noch nicht vollständig verabschiedet waren. Die Entwürfe können sich bis zum endgültigen Beschluss noch ändern.

Die angeführten Themen bieten einen ersten Überblick und wurden verkürzt aufbereitet, um eine schnelle Orientierung zu ermöglichen. Das Booklet soll keine vollständige Darstellung bieten, sondern dient als Einstiegshilfe, um junge Menschen bei ihrer Meinungsbildung zu unterstützen.

Wir empfehlen, sich zusätzlich über die endgültigen Programme zu informieren, um eine gut fundierte Entscheidung treffen zu können.

INHALT



Vorwort	4
Deine Stimme zählt	6
Wahlprogramme lesen - Tipps	7
Parteienübersicht	9
Das sagen die Parteien zu:	17
Junge Menschen	18
Bildung und Digitales	23
Wirtschaft	28
Migration	31
Umwelt, Energie und Klimaschutz	35
Gleichberechtigung, Diversität und Teilhabe	39
Extremismusbekämpfung	45
Europa	48
Impressum	51

VORWORT



Liebe Wahlinteressierte,

die nächste Bundestagswahl steht kurz vor der Tür!
Ihr wollt noch schnell die Briefwahlunterlagen beantragen, habt aber keinen Plan, was ihr wählen sollt?
Vielleicht wollt ihr aber auch am 23. Februar direkt zur Wahlurne gehen oder Euch einfach nur mal informieren?

Auf den kommenden Seiten findet ihr allgemeine Infos zu den größten Parteien und ihre Positionen zu Themen, die Euch interessieren!

Kleinere Parteien stehen auch zur Wahl, wie z.B. Volt, Die Partei oder die Tierschutzpartei. Leider finden dieses Jahr die Wahlen sehr kurzfristig statt und noch nicht alle Parteien haben Wahlprogramme online.

Wenn Du mehr über kleinere Parteien erfahren möchtest, benutze ab 6. Februar den Wahl-o-Mat oder gehe direkt auf die Homepage der Parteien.

Und jetzt viel Spaß beim Lesen und Vergleichen!

Pia Preu
Lernort Geschichte

Elfi Weiß
Redaktion

LERNORT
GESCHICHTE



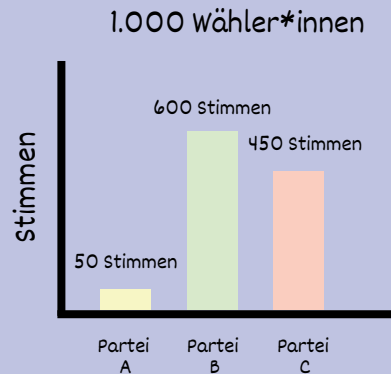
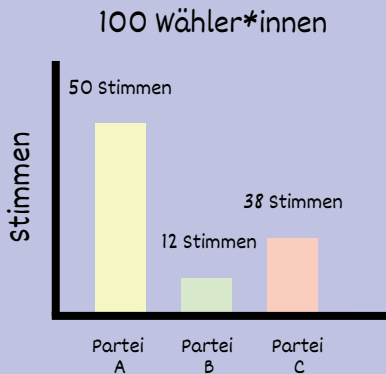
DEINE STIMME ZÄHLT!

Hast du schon mal gedacht, dass deine Stimme bei der Wahl vielleicht nicht ausschlaggebend ist?

Bei einer Wahl zählt jede Stimme!

Hier ein Beispiel:

Bei einer Wahl favorisierst du die Partei A. Gehen 100 Menschen zur Wahl, erreicht sie mit nur 50 Wähler*innen die Mehrheit der Sitze im Parlament. Gehen aber 1.000 Menschen zur Wahl, erreicht sie mit 50 Wähler*innen nur 5 Sitze.



Jede Stimme ist wichtig, um die Meinungen und Interessen der Bevölkerung widerzuspiegeln und eine gerechte Repräsentation zu gewährleisten. Auch wenn deine einzelne Stimme auf den ersten Blick wenig erscheinen mag, trägt sie dazu bei, die politische Landschaft zu gestalten!

WAHLPROGRAMM LESEN - TIPPS

In diesem Heft findest du eine Zusammenstellung von Positionen der Parteien im Bundestag. Es sind Themen, die für junge Menschen wichtig sind. Die vollständigen Wahlprogramme findest du auf den Webseiten der Parteien. Oft gibt es auch Kurzversionen zu den wichtigsten Punkten.

Finde die Abschnitte mit Themen, die dich am meisten betreffen.

Klarheit prüfen: Achte darauf, ob die Partei konkrete Vorschläge und Zahlen nennt oder nur vage bleibt. Konkrete Maßnahmen zeigen oft, dass die Partei einen klaren Plan hat.

Vergleiche mit anderen Programmen: Vergleiche die Positionen der Parteien zu den Themen, die dir wichtig sind. Welche Partei hat die besten Lösungen für deine Anliegen?

Fragen stellen: Wenn du etwas nicht verstehst, dann trau dich, bei anderen nachzufragen oder mehr Informationen zu suchen. Viele Parteien bieten auch Erklärvideos oder Veranstaltungen an.

Auf Realismus prüfen: Überlege, ob die Vorschläge der Partei wirklich umsetzbar sind. Manchmal klingen Dinge gut, aber die Finanzierung oder Umsetzung könnten schwierig sein.

Langfristige Auswirkungen bedenken: Deine Entscheidungen können Auswirkungen auf die Zukunft haben – zum Beispiel auf das Klima, die Bildung oder deine späteren Berufschancen.

Langfristige Auswirkungen bedenken: Deine Entscheidungen können Auswirkungen auf die Zukunft haben – zum Beispiel auf das Klima, die Bildung oder deine späteren Berufschancen.

Indem du dich gründlich mit den Wahlprogrammen auseinandersetzt, kannst du entscheiden, welche Partei am besten für deine Interessen und die Zukunft steht.

Viel Spaß beim Infomieren!

PARTEIEN IM BUNDESTAG

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Gründungsjahr: 1863 (als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, später SPD)

Spitzenkandidat: Olaf Scholz

Zielgruppe:

Arbeitnehmer*innen; Studierende; Auszubildende; Menschen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Bildung und Chancengleichheit einsetzen; Progressiv denkende Bürger*innen, die für eine solidarische Gesellschaft stehen.

Wofür steht die SPD?

- Soziale Gerechtigkeit: Stärkerer Ausgleich zwischen Arm und Reich
- Bildung: Gleiche Chancen für alle, unabhängig von Herkunft
- Klima: Nachhaltige Politik und Förderung erneuerbarer Energien
- Arbeit: Gute Löhne, sichere Arbeitsplätze und mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer*innen
- Europa: Starke EU und Solidarität zwischen Mitgliedsstaaten

Besonderheiten:

- Älteste Partei Deutschlands
- Tradition in der Arbeiterbewegung
- ehemalige Kanzler: z. B. Willy Brandt, Gerhard Schröder



Christlich-Soziale Union in Bayern/
Christlich Demokratische Union in Deutschland (kurz: Union)
Gründungsjahr: 1945
Spitzenkandidat: Friedrich Merz

Zielgruppe:

Konservative, christlich geprägte Menschen; Bürger*innen, die auf Sicherheit, Tradition und Stabilität setzen; Unternehmer*innen, Landwirt*innen, Familien

Wofür steht die Union?

- Konservative Werte: Schutz von Familie, Traditionen und christlichen Werten
- Wirtschaft: Soziale Marktwirtschaft, weniger Bürokratie, Förderung von Unternehmen
- Innere Sicherheit: Starke Polizei und Verteidigung, härteres Vorgehen gegen Kriminalität
- Bildung: Förderung von Berufsbildung und Exzellenz in Forschung und Wissenschaft
- Europa: Starke EU und stabile internationale Beziehungen

Besonderheiten:

- Die CSU ist die bayerische, eigenständige Schwesterpartei der CDU - in Bayern steht auf deinem Wahlzettel CSU statt CDU.
- Beide arbeiten im Bundestag eng (als sogenannte Fraktion) zusammen.
- Lange Regierungszeit, u. a. mit Helmut Kohl und Angela Merkel.



Bündnis 90/ Die GRÜNEN

Gründungsjahr: 1980

Spitzenkandidat: Robert Habeck

Zielgruppe:

Umweltbewusste Menschen, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit priorisieren; Junge, progressive Bürger*innen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Vielfalt einsetzen; Wähler*innen, die Frieden, Menschenrechte und Gleichberechtigung wichtig finden.

Wofür stehen die Grünen?

- Klimaschutz: Umstieg auf erneuerbare Energien und CO₂-Reduktion.
- Umwelt: Schutz der Natur, Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft und Artenschutz.
- Soziale Gerechtigkeit: Stärkung der sozialen Absicherung und Chancengleichheit.
- Bildung: Bessere Bildungschancen, Digitalisierung und inklusives Lernen.
- Europa: Für ein starkes und geeintes Europa, das globale Verantwortung übernimmt.

Besonderheiten:

- Ursprünglich als Anti-Atomkraft- und Friedenspartei gegründet.
- Wichtige Personen: Annalena Baerbock, Joschka Fischer (ehemaliger Außenminister).



Freie Demokratische Partei (FDP)
Gründungsjahr: 1948
Spitzenkandidat: Christian Lindner

Zielgruppe:

Unternehmer*innen; Selbstständige; Start-ups; Menschen, die auf Eigenverantwortung und persönliche Freiheit setzen;
Fortschrittsorientierte Bürger*innen mit Fokus auf Digitalisierung und Innovation

Wofür steht die FDP?

- Freiheit: Weniger staatliche Eingriffe, mehr Selbstbestimmung
- Wirtschaft: Förderung von Unternehmertum, weniger Bürokratie, niedrigere Steuern
- Bildung: Modernisierung der Schulen, stärkere Förderung von Talenten und Digitalisierung
- Innovation: Fokus auf Zukunftstechnologien und Klimaschutz durch Marktlösungen
- Europa: Ein offenes, freies und wirtschaftlich starkes Europa

Besonderheiten:

- 5%-Hürde: Nach Rückschlägen 2013 (Ausscheiden aus dem Bundestag) kehrte die FDP 2017 ins Parlament zurück
- Bekannte Persönlichkeiten: Christian Lindner (aktueller Vorsitzender), Hans-Dietrich Genscher (ehemaliger Außenminister).



Alternative für Deutschland (AfD)

Gründungsjahr: 2013

Spitzenkandidatin: Alice Weidel

Zielgruppe:

Menschen, die unzufrieden mit der aktuellen Politik sind;
Bürger*innen, die sich für nationale Souveränität und eine
restriktivere Einwanderungspolitik einsetzen; Kritiker*innen der EU
und z. B. globaler Vernetzung

Wofür steht die AfD?

- Migration: Strengere Einwanderungspolitik und Grenzkontrollen
- Europa: Weniger Einfluss der EU, Rückbesinnung auf nationale Interessen
- Klimapolitik: Ablehnung strenger Klimaschutzmaßnahmen und Fokussierung auf fossile Energien
- Familienpolitik: Förderung traditioneller Familienmodelle
- Kritik an "Eliten": Ablehnung der "etablierten" Parteien und Medien

Besonderheiten:

- Die AfD wurde als eurokritische Partei u. a. von Bernd Lucke und Frauke Petry gegründet. 2015 verschob sich der Fokus stärker auf migrationskritische und nationalkonservative Themen.
- Die AfD gilt laut Verfassungsschutz als "rechtsextremistischer Verdachtsfall" und wird auf verfassungsfeindliche Bestrebungen überprüft.



Die LINKE

Gründungsjahr: 2007

Spitzenkandidaten: Heidi Reichinnek und Jan van Aken

Zielgruppe:

Menschen, die soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und den Schutz von Arbeitnehmerrechten fordern; Kritiker*innen des Kapitalismus; Befürworter*innen eines starken Sozialstaates; Bürger*innen, die sich gegen militärische Einsätze und für Friedenspolitik einsetzen.

Wofür steht die Linke?

- Soziale Gerechtigkeit: Höhere Besteuerung von Reichen, mehr Umverteilung und sozialer Wohnungsbau.
- Arbeit: Einführung eines höheren Mindestlohns, Arbeitszeitverkürzung und bessere Arbeitnehmerrechte.
- Rente und Gesundheit: Starke gesetzliche Rentenversicherung und ein solidarisches Gesundheitssystem.
- Frieden: Striktes "Nein" zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Abrüstungspolitik.
- Umwelt: Klimaschutz mit sozialer Verantwortung

Besonderheiten:

- Im Dezember 2023 löste sich die Links-Fraktion im Bundestag auf, nach dem Austritt von Sahra Wagenknecht und weiteren Personen.
- Die Partei ist derzeit als sog. Gruppe mit 28 Mitgliedern im Bundestag vertreten.

Bündnis **Sahra** Wagenknecht

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Gründungsjahr: 2024

Spitzenkandidaten: Sahra Wagenknecht

Zielgruppe:

Menschen, die sowohl mit linken als auch mit konservativen Parteien unzufrieden sind und sich eine neue politische Alternative wünschen; Menschen, die sich wirtschaftlich und sozial abgehängt fühlen; Kritiker*innen der etablierten Parteien und ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Migrationspolitik.

Wofür steht das BSW?

- Soziale Gerechtigkeit: Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit
- Wirtschaft: Förderung der heimischen Industrie, Kritik an Globalisierung und Freihandel
- Migration: Forderung einer strengeren Einwanderungspolitik, die sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert.
- Außenpolitik: Politik, die sich stärker auf Friedensverhandlungen und Kooperation, statt (militärischen) Konflikt fokussiert.
- Kritik an der derzeitigen Klimapolitik

Besonderheiten:

- Nach dem Bruch mit der Partei DIE LINKE im Herbst 2023 hat die ehemalige Fraktionschefin Sahra Wagenknecht im Januar 2024 ihre eigene Partei gegründet
- Das BSW ist derzeit als sog. Gruppe mit 10 Mitgliedern im Bundestag vertreten

**DAS SAGEN
DIE
PARTEIEN
ZU**

JUNGE MENSCHEN

- Die SPD will Freiwilligendienste und inklusive Unterstützung für Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien fördern.
- Sie will eine Altersgrenzen und Werbebeschränkungen für Energy-Drinks, Alkohol und Tabakprodukte.
- Das Programm „Junges Wohnen“ für bezahlbaren Wohnraum soll ausgebaut werden.
- Sie will Einsamkeit besser erforschen und Angebote für soziale Teilhabe machen.

SPD

- Die Union will die “Frühstart-Rente” einführen. Dafür fördert der Staat für alle 6- bis 18-Jährigen mit 10 Euro pro Monat für die private Altersvorsorge.
- Sie will eine aufwachsende Wehrpflicht einführen und ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr.



- Die Grünen wollen Kommunen langfristig dabei unterstützen, die Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit zu stärken.
- Migrantische Jugendverbände sollen gezielt unterstützt und Mehrsprachigkeit als Kompetenz gefördert werden.
- Sie wollen das Angebot für die psychische Gesundheit junger Menschen ausbauen, zum Beispiel mithilfe von der finanziellen Förderung von Beratungsstellen wie der Nummer gegen Kummer.



- Die **FDP** will besonderen Bedürfnisse pflegender Kinder und Jugendlicher in den Blick nehmen und niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen.
- Auch Schüler*innen sollen künftig sechs Monate in der Schulzeit über "Erasmus+" im europäischen Ausland absolvieren können.
- Sie will Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation günstiger machen.
- Junge Menschen in Ausbildung sollen vom Rundfunkbeitrag befreit werden.



- Die **AfD** will die Strafmündigkeit auf 12 Jahre herabsetzen - das Jugendstrafrecht soll nur noch bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs gelten.
- Inobhutnahmen durch das Jugendamt sollen bundesweit einheitlich gestaltet werden. Dabei soll versucht werden, diese "so kurz wie irgend möglich" zu gestalten und die Bindung an die Familie weiterhin zu pflegen.



- Die **Linke** will die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjungen bei ihrem Kampf für bessere tarifvertragliche Lösungen unterstützen.
- mehr Personal für Jugend- und Kulturzentren.
- Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sollen "niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei" sein.
- Mindestlohn auch für Jugendliche.
- Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für Kinder und Jugendliche.

Die Linke

- Das **BSW** will mehr Freizeittreffs, insbesondere für junge Menschen.
- Die Partei will der Benachteiligung der Kinder- und Jugendmedizin entgegenwirken.
- Sie will den "niedrigschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Angeboten wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten oder Musikschulen."

Bündnis Sahra Wagenknecht



DISKURS

Darum geht es

Die Debatte um das Absenken des Wahlalters dreht sich darum, ob junge Menschen bereits ab 16 Jahren an Wahlen teilnehmen sollten. Befürworter*innen argumentieren, dass auch die Stimmen junger Menschen wichtig sind, besonders da es immer mehr ältere Menschen in Deutschland gibt. Kritiker*innen befürchten, dass Jugendliche noch nicht ausreichend reif sind, um verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Senkung des Wahlalters auf Bundesebene auf 16 Jahre?

SPD: JA

Union: keine Angabe

Die GRÜNEN: JA

FDP: keine Angabe

AfD: NEIN

Die LINKE: JA

BSW: keine Angabe

DISKURS

Darum geht es

Mit dem Cannabisgesetz, das im April 2024 in Kraft trat, wurde der private Eigenanbau durch Erwachsene sowie der gemeinschaftliche, nicht-gewerbliche Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen zum Eigenkonsum legalisiert.

Befürworter*innen sagen, dass die Legalisierung die Kriminalität reduzieren und den Jugendschutz verbessern könnte.

Gegner*innen warnen vor gesundheitlichen Risiken, einer Zunahme des Konsums und negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Festhalten an der Entkriminalisierung von Cannabis?

SPD: keine Angabe

Union: NEIN

Die GRÜNEN: JA

FDP: JA

AfD: NEIN

Die LINKE: JA

BSW: keine Angabe



BILDUNG UND DIGITALES

- Die **SPD** will, dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.
- Es soll in Schulen und Kitas kostenfreie und gesunde Verpflegung geben. Schulen wollen sie mit moderner Technik ausstatten.
- Schulbücher und Bildungspläne sollen vielfältiger werden, um alle Lebensrealitäten widerzuspiegeln.
- Förderung von dualen Studiengängen und rechtlicher Schutz nach dem Berufsbildungsgesetz.

SPD

- Die **Union** setzt stärker auf Bildungsforschung und will dafür datenschutzkonforme ID-Nummer für alle Schüler*innen vergeben.
- Ganztagschulen sollen weiter ausgebaut werden.
- Schulen sollen moderne digitale Technologien nutzen.
- Alle Schüler*innen sollen Gedenkstätten besuchen.
- Sie will die Gleichwertigkeit von Berufen mit Ausbildung und Studium verbindlich regeln.
- Sie will "Konzepte für Schulabgänger, Studienabbrecher und -zweifler, wie das Freiwillige Handwerksjahr" bekannter machen und Teil- und Weiterqualifizierungen fördern.

CSU

CDU



- Die **Grünen** wollen mehr in frühkindliche Bildung investieren.
- Schulgebäude sollen modern, digital und barrierefrei gestaltet werden, mit dichten Dächern und funktionierenden Toiletten.
- Schulsozialarbeit soll gestärkt werden.
- Finanzierung soll stattfinden, wo sie gebraucht wird. Dafür sollen Bund und Länder enger zusammenarbeiten.
- Förderung des Führerscheinserwerb und Deutschlandticket für Auszubildende.



- Die **FDP** fordert die Modernisierung der Lehrpläne und der technischen Ausstattung.
- mehr Zeit für wirtschaftliche Bildung, MINT-Themen und Medienkompetenz.
- Sie plant die Einführung eines „Lebenschancen-BAföG“, um die Finanzierung von Kursgebühren und Bildungsangeboten für Fort- und Weiterbildungen zu unterstützen.



- Die **AfD** fordert eine zeitgemäße IT-Ausstattung in Schulen, besonders für den IT-Unterricht und die Berufsausbildung in technischen Fächern.
- Die ersten vier Schuljahre sollen digitalfrei gestaltet werden.
- Die rechtliche Sicherheit und die Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen sollen gestärkt werden.
- Sie will duale Ausbildungen fördern.
- Für muslimische Schüler sollen keine Sonderrechte aufgrund ihres Glaubens wie z. B. Befreiung vom Schwimmunterricht gewährt werden. Den Islamunterricht lehnt die AfD ab.



- Die **Linke** will Medien- und Datenschutzkompetenz möglichst früh fördern.
- Schulbücher, Lernmittel, Mittagessen und Beförderung sollen in Kitas und Schulen kostenfrei sein.
- "Jede*r Schüler*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine Gemeinschaftsschule haben."
- Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein.
- Um Chancengleichheit zu fördern, will die Partei Hausaufgaben abschaffen.

Die Linke

- Das **BSW** will sich für mehr Chancengleichheit auf dem gesamten Bildungsweg einsetzen.
- Die Partei fordert den Ausbau der Ganztagschulen.
- Sie will keine Handys und Tablets bis zum Ende der Grundschule und ein Social-Media-Gesetz an Schulen nach australischem Vorbild.
- Das Lernniveau in Real- und Hauptschulen soll deutlich erhöht werden.
- Kulturelle Bildung soll an Schulen gestärkt werden.
- Ausbildungsberufen sollen aufgewertet werden.

Bündnis Sahra Wagenknecht



DISKURS

Darum geht es

Die Einführung bundesweit einheitlicher Bildungsabschlüsse könnte Chancengleichheit schaffen, indem alle Schüler*innen unabhängig vom Bundesland die gleichen Qualifikationen erwerben. Kritiker befürchten jedoch, dass regionale Unterschiede in Bildungstraditionen und -anforderungen dadurch nicht ausreichend berücksichtigt werden und die Vielfalt des Bildungssystems verloren gehen könnte.

Bundesweit einheitliche Bildungsabschlüsse?

SPD: keine Angabe

Union: JA

Die GRÜNEN: keine Angabe

FDP: JA

AfD: keine Angabe

Die LINKE: "länderübergreifende Mindeststandards"

BSW: JA

DISKURS

Darum geht es

Befürworter*innen sehen in der Anhebung von Ausbildungsvergütung und BAföG eine Möglichkeit, die Chancengleichheit zu fördern. Jungen Menschen wird so der Zugang zu Bildung erleichtert. Kritiker*innen sagen, dass höhere Ausgaben für den Staat zu finanziellen Belastungen führen könnte. Sie schlagen oft andere Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit vor.

Anhebung von Ausbildungsvergütung und BAföG?

SPD : JA

Union: ? ("Wir verbessern das BAföG")

Die GRÜNEN: JA

FDP: keine Angabe

AfD: keine Angabe

Die LINKE: JA

BSW: keine Angabe



WIRTSCHAFT

- Die **SPD** will für die Zukunft in Bildung, Innovation, Klimaschutz und Digitalisierung investieren.
- Mit einem "Deutschlandfonds" sollen Staat und private Geldgeber ohne unnötige Bürokratie gemeinsam in Projekte investieren können.
- Sie will den Kauf von E-Autos bezuschussen und in sichere Arbeitsplätze in der Branche investieren.
- Für Unternehmen will die SPD Steuerprämien statt Förderprogrammen ausbauen.
- Schwierigen Zeiten auf dem Arbeitsmarkt will die SPD mit guten Regelungen für Kurzarbeit entgegenwirken.

SPD

- Die **Union** will, dass Deutschland ein Kompetenz- und Innovationsstandort für Zukunftstechnologien wird.
- EU-Projekte will die Union weiter voranbringen.
- Unternehmen sollen auf Gewinne nicht mehr als 25 Prozent Steuern zahlen.
- Start-ups will die Union in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften befreien und die Finanzierung ausbauen.
- Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit sollen steuerfrei sein.
- Den Einkommensteuertarif will die Union schrittweise abflachen und den Grundfreibetrag erhöhen.



Der Einkommensteuertarif legt fest, welche Steuersätze für unterschiedliche Einkommensstufen gelten.



- Die **Grünen** wollen mit einem “Deutschlandfonds” im Bereich Infrastruktur investieren.
- Sie wollen eine auf fünf Jahre befristete Prämie von zehn Prozent für Investitionen.
- Der “Green Deal” der EU soll um eine industrielle Dimension erweitert werden.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll erleichtert werden, um mehr Menschen die Berufstätigkeit zu ermöglichen.
- Die Landwirtschaft soll gestärkt werden.



- Die **FDP** will die Steuerbelastung für Unternehmen unter 25 Prozent senken.
- Sie will eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit.
- Sie will einen “Chancentarif” für die Einkommensteuer und einen höheren Grundfreibetrag.
- Der Spitzensteuersatz soll zukünftig erst ab 96.600€ gezahlt werden müssen.



Der Grundfreibetrag ist der Betrag des Einkommens, bis zu dem keine Einkommensteuer erhoben wird. Er dient dazu, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen.

Der Spitzensteuersatz ist der höchste Steuersatz im Einkommensteuertarif, der auf Einkommen über einer bestimmten Grenze angewendet wird.

- Die **AfD** fordert niedrigere Steuern für Unternehmer und die Abschaffung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsauflagen.
- Die Infrastruktur will die AfD modernisieren und den Ausbau beschleunigen.
- Die Einkommensteuer will sie durch einen höheren Grundfreibetrag senken.
- Den Solidaritätszuschlag will die AfD abschaffen.



Der Solidaritätszuschlag (kurz Soli) ist eine Zusatzabgabe zur Einkommensteuer. Er sollte u. a. die Kosten der deutschen Wiedervereinigung ausgleichen und ist seit 2019 weitgehend abgeschafft.

Vergesellschaftung bezeichnet den Vorgang, durch den privates Eigentum (wie Unternehmen) in öffentliches oder gemeinschaftliches Eigentum umgewandelt werden.

- Die **Linke** will, dass gesellschaftliche Infrastruktur, Finanzsektor und die Öffentliche Daseinsvorsorge vergesellschaftet werden.
- Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte sollen die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung ersetzen.
- Langfristiges Ziel der Linken ist eine 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sollen von der Steuer entlastet, Spitzenverdiener sollen mehr Steuer zahlen.
- Auf große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne sollen mehr Steuern gezahlt werden.

Die Linke

- Das **BSW** sieht besondere Hindernisse für die Industrie in der Energiepolitik und will mit Russland über die Wiederaufnahme der Erdgaslieferungen verhandeln.
- Es soll mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden.
- Über einen Industriefonds soll in relevante Zukunftsbranchen investiert werden.
- Konzerne sollen für ihre Aktivitäten in Deutschland genauso hoch belastet werden wie mittelständische Unternehmen.
- Der Grundsteuerfreibetrag soll erhöht werden und es sollen höhere Löhne gezahlt werden.

Bündnis Sahra Wagenknecht



MIGRATION

- Die **SPD** will Integrationskurse ausbauen und ein Gesetz einführen, um gleiche Teilhabe in Arbeit, Bildung und Politik zu gewährleisten.
- Migration soll durch geregelte Verfahren gesteuert werden. Wer integriert ist und keine Straftaten begangen hat, soll leichter wechseln können, z. B. in die Fachkräfteeinwanderung.
- Fluchtursachen bekämpfen: Die SPD will Entwicklungszusammenarbeit fördern, um Krisenregionen zu stabilisieren und legale Fluchtwege zu eröffnen.

SPD

- Die **Union** will die Migration stärker steuern und regeln.
- Sie sieht die Bekämpfung illegaler Migration als eine der zentralen Herausforderungen an und fordert eine konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern.
- Sie verlangt von Einwanderern ein klares Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaat und eindeutiges Bekenntnis zum Existenzrecht Israels.
- mehr Angebot an Deutsch- und Integrationskursen.
- Für ausländische Fachkräfte will sie eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“ einführen, die die Einreise und Vermittlung erleichtern soll.
- Sie will eine einfachere und schnellere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.

CSU

CDU



- Die **Grünen** wollen die Kommunen bei der Integration mehr unterstützen.
- Ab den ersten Tag soll es digitale Sprachkurse geben.
- Schnellere Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung.
- Migration soll geordnet ablaufen: Es soll z. B. Visa- und Ausbildungspartnerschaften geben und Partnerländer sollen Staatsangehörige ohne Aufenthaltsrecht zurücknehmen.
- Frauen und Mädchen, die Gewalt erleben, sollen besonderen Schutz bekommen. Frauen, deren Aufenthaltsstatus von ihrem gewalttätigen Partner abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten.



- Die **FDP** unterstützt die “Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen”.
- Die Rolle von FRONTEX (Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache) soll gestärkt werden.
- Die Höhe der Sozialleistungen soll überprüft und europäisch vereinheitlicht werden. Es soll eine Bezahlkarte und mehr Sach- statt Geldleistungen geben.



- Die **AfD** will eine strikte Begrenzung von Migration.
- Ohne Aufenthaltsberechtigung soll es keine Integrationsleistungen geben.
- Migranten sollen innerhalb von zwei Jahre ein “angemessenes” Sprachniveau (B2) erreichen und die Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens in Deutschland akzeptieren.
- Die Regeln für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit will die AfD verschärfen.
- Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte begrüßt die Partei, will aber “vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen.”



- Die **Linke** will Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von der Länge der Arbeitssituation gewähren.
- “Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen sollen schneller anerkannt werden.”
- Alle in Deutschland geborenen Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.
- Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.
- Alle Geflüchteten sollen ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.

Die Linke

- Das **BSW** fordert einen “Jobturbo” für Ukrainer und andere Flüchtlingsgruppen mit Schutzstatus.
- Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt, Asylverfahren und soziale Leistungen.
- Kriminelle Flüchtlinge sollen ihren Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland verlieren.

Bündnis Sahra Wagenknecht



DISKURS

Darum geht es

In Deutschland ist das Recht auf Asyl im Grundgesetz (Art. 16a) verankert. Es bietet Schutz vor politischer Verfolgung. Durch die sichere Drittstaatenregelung kann Deutschland Asyl ablehnen, wenn die Person schon in einem anderen sicheren Land Schutz finden konnte. Kritiker bemängeln, dass die tatsächliche Situation in den "sicheren" Drittstaaten nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Position der Parteien zum Asyl:

SPD: "Wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz."
Union: "Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden."

Die GRÜNEN: Bekennung zum Grundrecht auf Asyl

FDP: "Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet sind."

AfD: "Deutsches Recht schließt die Einreise zum Zweck der Asylgewährung aus, sofern Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat einreisen."

Die LINKE: "Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber."

BSW: "Ab sofort sollte der Grundsatz gelten: Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt."

UMWELT, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

- Die **SPD** will einen leistbarer Klimaschutz: "Alle Bürger sollen die Möglichkeit haben, klimaneutral zu leben."
- Gefördert sollen deswegen vor allem Menschen mit geringem Einkommen, damit sie sich klimafreundliche Technologien leisten können.
- Klimaschutzmaßnahmen sollen günstiger, bequemer und besser zugänglich sein als klimaschädliche Alternativen.
- Der Fokus des Staates soll auf gemeinschaftlichen Lösungen gegenüber individuellen Maßnahmen liegen.
- Erneuerbare Energien sollen weiter ausgebaut werden.

SPD

- Die **Union** will Erneuerbare Energien ausbauen.
- „Option Kernenergie“: Die Union setzt auf Forschung im Bereich Kernenergie und will prüfen, ob die abgeschalteten Kernkraftwerke wieder ans Netz gebracht werden können.
- Das Heizungsgesetz der Ampel will die Union abschaffen.
- Zusätzlich setzt die Union auf Emissionshandel.

CSU 

 **CDU**



- Die **Grünen** wollen den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen und bis 2035 eine vollständige Klimaneutralität der Stromerzeugung erreichen.
- Umweltschädliches Verhalten in der Wirtschaft soll nicht mehr staatlich gefördert werden.
- Verschiedene Instrumente und gezielte Förderungen sollen für Unternehmen und Haushalte eingesetzt werden, um den Klimaschutz einfacher und bezahlbarer zu gestalten.
- Technologische Innovationen sollen gefördert werden: 2035 sollen nur noch klimafreundliche Antriebe für Autos neu zugelassen werden.



- Die **FDP** will "den deutschen Sonderweg" in der europäischen Klimaschutzpolitik beenden.
- Klimaschutz durch Marktwirtschaft: Sie setzt auf Anreize für Unternehmen, um umweltfreundliche Technologien zu entwickeln und zu implementieren.
- Aufhebung des "Verbrenner-Verbots" ab 2035.
- Sie will heimische Erdgasförderung ausbauen, Fracking ermöglichen und an klimafreundlicheren Zukunftstechnologien forschen.



- Die **AfD** plant keine Beendigung der Braunkohleversorgung und setzt auf den Ausbau von Kohle- und Kernkraftwerken.
- In der Energieversorgung setzt die AfD auf Heizöl und Gas.
- Die Subventionierung von erneuerbaren Energien lehnen sie ab.
- Die Partei äußert Bedenken hinsichtlich der Auswirkung von Windenergieanlagen auf die Umwelt, insbesondere für die Tierwelt.

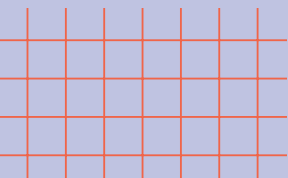


- Für die **Linken** gehören Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammen.
- Kosten des Klimaschutzes dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden: Staatliche Gelder sollen an die Unternehmen vergeben werden, die langfristige Arbeitsplätze garantieren und verbindliche Finanzpläne vorlegen können.
- Die Linke fordert einen klaren Kurswechsel hin zu erneuerbaren Energien.

Die Linke

- Das **BSW** will die Energieimporte vor allem am niedrigsten Preis fest machen und mit Russland über die Wiederaufnahme der Lieferungen verhandeln.
- Rücknahme des "Verbrenner-Verbotes" und des Heizungsgesetzes.
- CO2-Preis will das BSW abschaffen.
- Verstaatlichen der Energienetze.
- Technologieoffenheit auch für nicht 100% klimaneutrale Innovationen und Kernfusion.

Bündnis Sahra Wagenknecht



DISKURS

Darum geht es

Das Pariser Klimaschutzabkommen wurde 2015 von fast 200 Ländern auf der UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedet.

Ziel des Abkommens ist es, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen, mit Bestrebungen, sie auf maximal 1,5 °C zu halten. Dazu soll bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität erreicht werden.

Kritiker äußern Bedenken, dass sich nicht alle Länder gleichermaßen an den Zielen arbeiten und die engagierten Länder dadurch benachteiligt werden.

Will die Partei das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten?

SPD: JA

Union: JA

Die GRÜNEN: JA

FDP: JA

AfD: will aussteigen

Die LINKE: JA

BSW: keine Angabe

Klimaneutralität in Deutschland bis

SPD : 2045

Union: 2045

Die GRÜNEN: 2045

FDP: 2050

AfD: es wird keine Klimaneutralität angestrebt

Die LINKE: bis 2040

BSW: "Wir fordern eine Abkehr vom Wunschdenken einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität."

GLEICHBERECHTIGUNG, DIVERSITÄT UND TEILHABE

- Die **SPD** will strukturelle Benachteiligungen bekämpfen, damit alle gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
- Das Gleichbehandlungsgesetz soll modernisiert werden.
- Laut SPD sollen Menschen mit Behinderungen bessere Chancen auf Teilhabe und Barrierefreiheit erhalten – in Wohnungen, beim Arbeiten und in digitalen Räumen.
- Staatliche Institutionen sollen die Gesellschaft widerspiegeln, z. B. durch gezielte Förderung von Vielfalt im öffentlichen Dienst.

SPD

- Die **Union** will unterschiedliche Lebensentwürfe respektieren.
- Sie will die Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter stärken.



- Die **Grünen** wollen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in allen Bereichen bekämpfen und setzen sich für gerechte Bezahlung ein.
- Sie wollen Hasskriminalität gegen LSBTIQ* bekämpfen.
- Bei einer Geschlechtsangleichung sollen die Kosten für notwendige medizinische Maßnahmen von den Krankenkassen übernommen werden.
- Es soll eine Kommission für Inklusion geben, die unter Beteiligung von Betroffenen Verbesserungsvorschläge erarbeiten soll.
- Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt sein und auf dem ersten Arbeitsmarkt bessere Chancen erhalten.



- Die **FDP** will Benachteiligungen abbauen und die Gleichstellung der Geschlechter fördern.
- Sie fordert mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben und setzt sich für die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen ein.
- Sie möchte ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung schaffen.
- Die Polizei soll "LSBTI-feindliche Hasskriminalität bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen".



- Die **AfD** "lehnt eine ideologisch motivierte Gleichstellungspolitik ab, die auf Quoten und Zwangsmaßnahmen basiert".
- Sie fordert stattdessen, dass Gleichberechtigung aufgrund von Leistung und Eignung erfolgen soll.
- Die Partei kritisiert die staatliche Förderung von Diversität: "Die Förderung von fragwürdigen gender- und WOKE-ideologiebasierten Entwicklungsprojekten ist zu beenden."
- Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer Geschlechtsangleichung will sie verbieten.

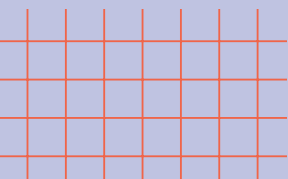


- Die **Linke** will eine gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen allen Geschlechtern.
- Sie will auch, dass bei öffentlichen Wahlen 50 Prozent der Listenplätze und Mandate auf Frauen entfallen müssen.
- Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs sollen besser geschützt werden.
- Bildungs- und Arbeitsorte sollen inklusiv gestaltet werden.
- Förderschulen sollen umstrukturiert werden und es soll sonderpädagogisches Personal an Regelschulen geben.

Die Linke

- Zentrale Anliegen des BSW sind gleiche Teilhabe und gleicher Lohn für Frauen und der Kampf gegen Frauenaltersarmut.

Bündnis Sahra Wagenknecht



DISKURS

Darum geht es

Der Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) soll derzeit um den Aspekt der „geschlechtlichen Identität“ erweitert werden. Das Ziel ist, explizit den Schutz von trans- und intergeschlechtlichen Menschen vor Diskriminierung zu gewährleisten.

Erweiterung des Artikel 3 Abs. 3 GG?

SPD: JA

Union: keine Angabe

Die GRÜNEN: JA

FDP: JA

AfD: keine Angabe

Die LINKE: JA

BSW: keine Angabe

DISKURS

Darum geht es

Das Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht es trans*, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen ohne medizinische Diagnose oder Gerichtsurteil zu ändern. Es trat 2024 unter Zustimmung von SPD, Grüne, FDP und Linke in Kraft. Es soll mehr Rechte und Anerkennung schaffen. Kritiker*innen befürchten, dass es den Prozess vereinfachen, aber auch Missbrauch begünstigen könnte.

Positionen zum Selbstbestimmungsgesetz:

SPD: keine Angabe

Union: "Wir schaffen das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel wieder ab."

Die GRÜNEN: keine Angabe

FDP: keine Angabe

AfD: "Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen."

Die LINKE: "Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und muss verbessert werden."

BSW: "ir lehnen das neue Selbstbestimmungsge setz ab, durch das Menschen einmal jährlich ihr Geschlecht wechseln können, auch, weil es Schutzrechte für Frauen aushöhlt."



DISKURS

Darum geht es

Der Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ist ein umstrittenes Thema. Befürworter*innen sagen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Beeinträchtigung, ein Recht auf einen fairen Lohn für ihre Arbeit haben. Kritiker*innen befürchten jedoch, dass die Einführung des Mindestlohns zu finanziellen Schwierigkeiten für die Werkstätten führen und möglicherweise Arbeitsplätze gefährden könnte.

Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderung?

SPD: will "Einkommenssituation der Werkstattbeschäftigten verbessern"

Union: keine Angabe

Die GRÜNEN: Reformierung des Konzepts der Werkstätten

FDP: keine Angabe

AfD: Mindestlohn in Werkstätten

Die LINKE: Mindestlohn in Werkstätten

BSW: keine Angabe

EXTREMISMUS- BEKÄMPFUNG

- Die **SPD** will mit Präventionsmaßnahmen und gezielter Überwachung extremistische Netzwerke stoppen.
- Finanzquellen von Extremisten sollen aufgelöst werden.
- Sie will die Demokratie schützen: Bildungsangebote und Gedenkstätten werden gestärkt, um demokratische Werte zu fördern und gegen Geschichtsverfälschung vorzugehen.
- Im öffentlichen Dienst und bei Waffenbesitz gelten strengere Regeln für potenzielle Verfassungsfeinde.

SPD

- Die **Union** will „jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror mit voller Härte“ begegnen.
- Terrororganisationen und Täter sollen „konsequenter unter Strafe“ gestellt werden. Auch das Werben für eine Terrororganisation soll zukünftig bestraft werden.
- Das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole sowie verfassungsfeindliche und antisemitische Äußerungen sollen konsequent bestraft werden.
- Das Leugnen des Existenzrechts Israels soll künftig strafbar sein.

CSU 

 **CDU**



- Die **Grünen** wollen sowohl politisch als auch religiös motivierten Extremismus entgegentreten.
- Dabei setzen sie auf Präventionsarbeit, die z. B. Aufklärung über Islamismus und Deradikalisierung bieten soll.
- Extremistische Netzwerke sollen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden.
- “Der Staat muss sicherstellen, dass Extremist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in Sicherheitsbehörden tätig sind.”
- Sicherheitsbehörden wollen sie mit ausreichend Mitteln und Befugnissen ausstatten.



- Die **FDP** will Sicherheitsbehörden gegen politischen und religiösen Extremismus stärken.
- Sie setzt sich für die Stärkung von Präventions- und Deradikalisierungsprogramme ein.
- Sie fordert eine selbstkritische Debatte innerhalb muslimischer Communities, um Jugendliche besser vor extremistischem Gedankengut zu schützen.



- Die **AfD** will die Demokratie “gegen alle Formen von Extremismus verteidigen, einschließlich Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischem Extremismus.”
- Sie fordert eine konsequente Strafverfolgung und das Verbot von Organisationen, die “dem gewaltsamen Linksextremismus” zuzuordnen sind.
- Die Partei fordert eine konsequente Strafverfolgung von Anschlägen auf kritische Infrastrukturen (wie Straßen), die in den letzten Jahren zugenommen haben, insbesondere durch Aktionen von “Klimaextremisten”.



- Die **Linke** will zur Bekämpfung des Extremismus vor allem die Zivilgesellschaft stärken, z. B. durch langfristige Förderung von Initiativen und Vereinen.
- Sie will die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben.
- Sie will unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der AfD prüft.

Die Linke

- Das BSW will sichtbare Polizeipräsenz auf Straßen und öffentlichen Plätzen.
- Ausstattung der Polizei mit modernen Einsatzmitteln und IT.
- Die KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte Datenabgleich sollen nur zum Schutz vor extremistischen, terroristischen oder schweren Straftaten angewendet werden dürfen.
- Der Paragraf 188 des Strafgesetzbuches (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) soll gestrichen werden.

Bündnis Sahra Wagenknecht



EUROPA

- Die SPD sieht Deutschland (als größten und wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaat der EU) in besonderer Verantwortung.
- Sie setzt sich für eine zügige Aufnahme der westlichen Balkanstaaten in die EU ein.
- Auch die Ukraine und Moldau sollen ein Teil der EU werden.

SPD

- Die **Union** bekennt sich zu einer starken und handlungsfähigen EU, die sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert.
- Die Beziehungen mit Nachbarstaaten der EU und möglichen Beitrittskandidaten will sie stärken.
- Sie schlägt Zwischenstufen für Beitrittskandidatenländer zu, die noch nicht alle Kriterien erfüllen, wie die Ukraine.

CSU 

 **CDU**

- Die **Grünen** wollen Europa stärken und handlungsfähiger machen.
- Sie unterstützen den Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Ukraine und Moldaus, sofern sie alle Beitrittskriterien erfüllen.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 



- Die **FDP** will die EU als internationale Organisation handlungsfähiger machen.
- Sie will besonders die deutsch-französische Beziehung und die Beziehungen mit Polen stärken, um eine gemeinsame EU-Sicherheitspolitik zu entwickeln.
- Den Beitritt der westlichen Balkanregion, der Moldau und der Ukraine in die EU sieht sie im deutschen Interesse.



- Die **AfD** will die Europäische Union durch eine Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ersetzen.
- Sie will aus dem Euro-System aussteigen und wieder eine nationale Währung einführen.
- Die Zukunft der Ukraine sieht die AfD als neutralen Staat außerhalb von NATO und EU.



- Die **Linke** strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO sieht sie dafür nicht geeignet.
- Sie will einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale und ökologische Friedensunion.



- Das **BSW** will, dass die europäischen Staaten enger zusammenarbeiten, ohne der EU weitere Macht und Befugnisse zu geben.
- Stattdessen sollen die Nationalstaaten wieder unabhängiger werden.
- Die Partei will einen EU-Erweiterungsstopp.



DISKURS

Darum geht es

Die Debatte um Waffenlieferungen an die Ukraine ist geprägt von der Frage, wie weit Deutschland und andere Länder gehen sollten, um die Ukraine im Krieg gegen Russland zu unterstützen. Befürworter sehen Waffenlieferungen als notwendig, um die Verteidigung der Ukraine und die europäische Sicherheit zu stärken. Kritiker*innen hingegen warnen vor einer Eskalation des Konflikts und fordern verstärkte diplomatische Bemühungen statt militärischer Unterstützung.

Waffenlieferungen an die Ukraine?

SPD: JA

Union: JA

Die GRÜNEN: JA

FDP: JA

AfD: keine Angabe

Die LINKE: NEIN

BSW: NEIN



Impressum

Herausgeber

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH

Lernort Geschichte

Hohe Str. 9

70174 Stuttgart

Diese Broschüre wird finanziert aus Mitteln der Baden-Württemberg Stiftung im Rahmen des Programms "Wir sind dabei! - Werkstätten der Demokratie".

Redaktion und Layout: Elfi Weiß

Stuttgart, Januar 2025.

Erste Auflage, 1.000 Stück.

Diese Veröffentlichung wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Fotos und Grafiken: Canva

**WIR
SIND
DABEI!**

LERNORT
GESCHICHTE

stjg
Stuttgarter
Jugendhaus Gesellschaft

DU HAST DIE WAHL

DU HAST DIE WAHL